

Bettina Roß (Hg.): Migration, Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Perspektiven für eine antirassistische und feministische Politik und Politikwissenschaft, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 232 Seiten, 39.90 €, ISBN 3810040789



Der von Bettina Roß herausgegebene Sammelband versammelt aktuelle Ansätze, sowohl aus dem feministisch-politikwissenschaftlichen Bereich als auch aus der feministischen und antirassistischen Praxis, die sich mit dem komplexen Verhältnis von Geschlecht, Ethnizität, Migration und Klasse aus-

einandersetzen. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, die Lücke zwischen Theorie und Praxis, die Uta Ruppert in ihrem Vorwort konstatiert, zu schließen, sondern der Band wird vielmehr als ein Angebot zu einem „kritisch-solidarischen Dialog über Verhältnisse von Rassismus und Feminismus in Deutschland“ verstanden (S. 8).

Dass dieser Dialog auf verschiedenen Ebenen geführt werden muss, spiegelt sich schon in der Gliederung der Themenbereiche wider. Der erste beschäftigt sich mit der Verschränkung von Geschlecht und Ethnizität in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten, der zweite thematisiert die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der bundesdeutschen Migrationspolitik und des Staatsbürgerschaftsrechts und im dritten Themenbereich werden politische Perspektiven auf einen nicht-rassistischen Feminismus und eine solidarische Interkulturalität eröffnet und bisherige politische Strategien reflektiert.

Den Aufsätzen geht eine Einleitung der Herausgeberin voran, die einen informativen Überblick über die bisherigen Debatten und Erkenntnisse zu der Verknüpfung von Sexismus, Klassismus und Rassismus sowie ihrer Thematisierung in der bundesdeutschen Geschlechterforschung bietet und damit ein Grundverständnis über die Thematik herstellt.

Im ersten Themenblock wird der Zusammenhang zwischen Geschlecht und Ethnizität durch sehr unterschiedliche Perspektiven kontextualisiert. *Renate Bitzan* beleuchtet anhand von Ergebnissen aus Interviews mit

Industriearbeiterinnen die Mikroebene der Konstruktion von Ethnizität und Geschlecht und zeigt, wie gesellschaftliche Diskurse und Sichtweisen hier zitiert, aber auch gebrochen werden. Die Gruppengespräche zeigen z.B., wie auch hier der bekannte Diskurs dominiert, dass die deutschen Frauen emanzipierter seien als die (vor allem türkischen) Migrantinnen, allerdings werden hier durch das dominante Deutungsmuster emanzipiert/unemanzipiert z.T. andere, rassistische Deutungsmuster nicht rezipiert.

Eine bisher recht wenig im öffentlichen Diskurs bekannte Sichtweise ist die auf den internationalen Frauenhandel als Migrationschance, die *Agnieszka Zimowska* in ihrem Beitrag formuliert. Frauenhandel wird in der offiziellen bundesdeutschen und europäischen Diskussion um Migrationspolitik als zentrale Argumentationsfigur genutzt, in der die betroffenen Frauen ausschließlich als Opfer international agierender krimineller Netzwerke dargestellt werden. Zimowska bestreitet nicht den Zwangscharakter und die Gewaltförmigkeit des Frauenhandels. Sie betont aber die Subjekthaftigkeit der betroffenen Migrantinnen, für die sich die Strukturen des Frauenhandels als eine Chance darstellen zu migrieren und ihre individuellen Ziele, welche im Text skizziert werden, zu verfolgen. Die deutsch-polnische Grenzprostitution, in der sich der Frauenhandel niederschlägt, beschreibt Zimowska als „Machtgefüge des transnationalen sexuellen Marktes“ (S. 53), der durch das komplexe Zusammenwirken verschiedener Faktoren geprägt ist. Einen ganz wichtigen Faktor bilden hier die Gesetzgebungen der Staaten. Für Zimowska sind für den nahezu rechtlosen Status der migrantischen Sexarbeiterinnen vor allem die (trans)nationalen Migrationspolitiken verantwortlich, weswegen sie auch den Schluss zieht, dass die Machtverhältnisse nur mit einer Kritik am Konzept der Nationalstaatlichkeit aufgebrochen werden können.

Der letzte Beitrag des Themenblocks wendet sich weniger dem Thema der Migration zu, sondern setzt den Zusammenhang von Rassismus und Sexismus in den Kontext von Bevölkerungspolitik in den Ländern des Südens und in der BRD. *Antje Schulz* zeigt anhand der Geschichte und der gegenwärtigen Entwicklungen bevölkerungspolitischer Diskurse und Programme auf, dass die Kategorisierung in erwünschte und nicht-erwünschte Geburten entlang von Ethnizität, Geschlecht, Gesundheit und Normalität verläuft.

Der zweite Themenbereich des Sammelbandes setzt sich zum einen mit verschiedenen Aspekten staatlicher Einwanderungspolitik auseinander und analysiert zum anderen juristische Diskurse hinsichtlich ihrer Impli-

kationen. *Veronika Kabis* zeigt u.a., wie in der BRD mit dem Familiennachzugsmodell eine Orientierung an konservativen Familiennormen (etwa der Kernfamilie und der Ehe) stattfindet, in das MigrantInnen dann hineingezwungen werden. Sie kritisiert zudem den normativen Integrationsbegriff, der der Lebensrealität von MigrantInnen nicht entspricht. *Susanne Köbring* stellt in ihrem Beitrag die geschlechtsspezifischen Auswirkungen (z.B. häusliche Gewalt) der Residenzpflicht dar, die AsylbewerberInnen an den Bezirk der jeweils zuständigen Ausländerbehörde bindet. Sie zeigt aber auch Widerstandspraktiken von Flüchtlingen auf.

Bemerkenswert ist der Beitrag von *Heike Brabandt*, die nachweist, dass sich Grundannahmen der klassischen liberalen Theorie (Hobbes, Locke, Rousseau), wie die Konzeption des geschlechtsneutralen Individuums und die Trennung zwischen öffentlicher und häuslicher Sphäre, im deutschen Recht erhalten haben. Nach dem bundesdeutschen Asyl- und Ausländerrecht und der praktizierten Rechtssprechung war die Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtgründe deshalb bisher nahezu unmöglich. Die rechtliche Trennung zwischen politischer und „privat“ motivierter Verfolgung, hatte für Frauen in den meisten Fällen zur Folge, dass ihr Fluchtgrund selbst bei Vergewaltigungen durch Bedienstete des Staates nicht als staatliche Verfolgung anerkannt wurde, weil erst der fehlende Schutzwille des Staates nachgewiesen werden musste. Auch bei den Neuregelungen durch das Zuwanderungsgesetz wurden nach Brabandt letztlich deutliche Abstriche bei nicht-staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung gemacht.

Stephanie Schmoliner richtet den Blick auf die rechtliche Kriminalisierung von MigrantInnen mittels der juristischen Definition der „Ausländerkriminalität“ und stellt heraus, wie ungenau und vorurteilsbelastet diese Kategorie und wie verzerrt deshalb die Kriminalstatistik ist. Die spezifische Situation von weiblichen Migrantinnen findet sich hier überhaupt nicht wieder und wird damit unsichtbar gemacht, was sich vor allem in fehlenden Präventionsangeboten für Migrantinnen niederschlägt.

Der letzte Themenblock wendet sich den anti-rassistischen und feministischen politischen Perspektiven auf verschiedenen Ebenen zu. *Birgit Seemann* beschäftigt sich mit der Frage nach einer Forschungsperspektive, die den Blick stärker auf Minoritäten lenken kann. Nach einem Rückblick auf bisherige Ansätze feministischer Staatstheorie resümiert sie, dass diese sich bisher vornehmlich auf die weibliche Bevölkerungsmehrheit, also weiße nicht-jüdische und nicht-migran-

tische Staatsbürgerinnen richtete. Sie schlägt dagegen als feministisch-theoretische Perspektive den Neopluralismus vor, der „emanzipierte gesellschaftliche Sichtweisen gleichrangig behandelt sowie Mehrheits- und Minderheitsinteressen ausbalanciert“ (S. 151). Als konkret zu erforschendes Feld stellt sie historisch und aktuell die Haltungen von Jüdinnen und Nicht-Jüdinnen zum deutschen Staat dar. Sie fordert eine multikulturalistische feministische Politik- und Staatswissenschaft, „die Sichtweisen [...] einheimischer wie zugewanderter Frauen und Frauengruppierungen gleichrangig und differenziert betrachtet“ (S. 157).

Auch *Umut Erel* geht es eher um eine theoretische Verortung, indem sie zunächst Ansätze bisheriger Forschung zu Migration und (Staats-)Bürgerschaft skizziert und anschließend ihr Konzept von Bürgerschaft darstellt. Erel betont die Machtverhältnisse, denen Frauen in ethnischen Gruppen unterliegen und wendet sich deshalb gegen ein multikulturalistisches Kultur- und Gruppenverständnis. Sie plädiert dagegen für die Thematisierung multipler Gruppenidentitäten, die die unterschiedlichen Subjektpositionen von Migrantinnen widerspiegeln.

Beispiele für politische Praxen geben die Beiträge von *Nils Pagel* und *Efthimia Panagiotidis*. Geht es bei Pagel um die organisationale Umsetzung des Diversity Management, reflektiert Panagiotidis die Forderungen der feministischen Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit der aktuellen Kampagne für ein Recht auf Legalisierung. Pagel zeigt anhand verschiedener Beispiele die Chancen des Konzepts des Diversity Management auf, aber auch die Beschränktheiten in der Umsetzung, z.B. hinsichtlich der Auswahl der förderungswürdigen Gruppen. Panagiotidis stellt zunächst die historischen Debatten innerhalb der internationalen Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ dar und formuliert, dass es bei dieser Kampagne um die Herstellung von Gemeinsamkeiten zwischen Frauen ging, wohingegen die Kampagne für ein Recht auf Legalisierung eher darauf setzt, das politische Kampffeld zu erweitern. In der organisierenden Wirkung, wie sie die Lohnkampagne hatte, sieht Panagiotidis auch eine Chance für aktuelle Kampagnen.

Auf der Metaebene politischer Praxis bewegt sich der Beitrag von *María do Mar Castro Varela* und *Nikita Dhawan*, der sich mit den Problematiken einer Politik der Repräsentation beschäftigt. Castro Varela und Dhawan zeigen, dass Repräsentation auch immer Interpretation bedeutet, zudem verweisen sie auf die Dynamik des Schweigens, die die Praxis der Repräsentation mit

sich bringt. Sie plädieren schließlich für ein Konzept der Vulnerabilität, das nicht vereinfacht, sondern Verletzlichkeiten als dynamische Felder sichtbar macht, die verschiedene Subjektpositionen hervorbringen.

Der vorliegende Sammelband stellt ein gelungenes Beispiel für den Versuch einer Verknüpfung von theoretischer Analyse mit der Betrachtung gegenwärtiger gesellschaftlicher Realitäten und möglicher politischer Praktiken dar. Die einzelnen Beiträge verweisen zum Teil aufeinander, stellen zum Teil aber auch sehr unterschiedliche gegenwärtige Realitäten dar, zwischen denen bisher kaum Verweisungszusammenhänge hergestellt wurden. Der Sammelband bietet somit die Möglichkeit, Migration, Sexismus, Rassismus, Klassismus und Staatsbürgerschaft als komplex miteinander verwobene gesellschaftliche Verhältnisse zu fassen, die multidimensional und kontextbezogen und somit auf verschiedenen Ebenen wirken. Er bietet vor allem aber den Ausblick auf Veränderung von Machtverhältnissen, was zum einen den durchweg engagiert geschriebenen Beiträgen zu verdanken ist und zum anderen durch explizite Schwerpunktsetzung auf feministische und antirassistische Politiken konzeptionell einbezogen wurde. Dass am Ende noch Kontaktadressen antirassistischer Gruppen und Projekte genannt werden, stellt noch einmal eine praktisch-politische Brücke dar, die über das Geschriebene auf konkrete Möglichkeiten der politischen Intervention hinausweist.

Kristin Schwierz

Frauenbüro der Ruhr-Universität Bochum.

Email: Kristin.Schwierz@rubr-uni-bochum.de